Tätigkeitsbericht der

Härtefallkommission
des Landes
Mecklenburg-Vorpommern

für das Geschäftsjahr 2007

**Herausgeber:
Härtefallkommission beim Innenministerium
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
- Geschäftsstelle -
Arsenal am Pfaffenteich
Alexandrinestraße 1
19055 Schwerin**

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung.....	4
II. Zusammensetzung der Kommission im Berichtszeitraum	4
III. Besetzung der Geschäftsstelle im Berichtszeitraum.....	5
IV. Arbeitsweise der Geschäftsstelle	5
V. Abgeschlossene Härtefalleingaben	6
V. 1. Unzulässige Eingaben des Jahres 2007	7
V. 2. Abschließende Entscheidungen der Härtefallkommission über die Härtefalleingaben des Jahres 2007	8
V. 3. Anordnungen des Staatssekretärs des Innenministeriums	8
V. 4. Härtefalleingaben der Vorjahre	8
VI. Bewertungsfragen der Härtefallkommission.....	9
VII. Rückgang der Fallzahlen.....	10
VIII. Statistische Angaben	11

I. Einleitung

Die Geschäftsstelle der Härtefallkommission hat gemäß § 3 Abs. 5 S. 2 der Härtefallkommissionslandesverordnung (HFKLVO M-V) dem Innenministerium jährlich einen Tätigkeitsbericht zuzuleiten. In diesem Bericht wird die Tätigkeit der Härtefallkommission während des dritten Geschäftsjahres nach dem In-Kraft-Treten des Aufenthaltsgesetzes - vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2007 - dargestellt.

II. Zusammensetzung der Kommission im Berichtszeitraum

Der Härtefallkommission gehörten zum Ende des Jahres 2007 folgende Mitglieder (Vertreter in Klammern) an:

1. für die Evangelisch–Lutherische Landeskirche Mecklenburgs und die Pommersche Evangelische Kirche: Herr Ministerialdirigent a.D. Wolfgang Rudloff (Herr Rechtsanwalt Ulrich Schweigert),
2. für die Katholische Kirche: Herr Ulrich Höckner (Herr Matthias Lidzba),
3. für die Flüchtlingsorganisationen Mecklenburg-Vorpommern: Herr Holger Schlichting (Herr Rechtsanwalt Thomas Wanie),
4. für die Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Mecklenburg–Vorpommern: Herr Frau Christina Hömke (Herr Isaac Obuba),
5. für die kreisfreien Städte: Herr Leitender Stadtverwaltungsdirektor Hans–Joachim Engster vom Stadtamt der Hansestadt Rostock (Frau Dörte Lange von der Ausländerbehörde der Hansestadt Stralsund),
6. für die Landkreise: Herr Landrat Thomas–Jörg Leuchert vom Landkreis Bad Doberan (Frau Kreisamtsfrau Margret Rudolph von der Ausländerbehörde des Landkreises Nordwestmecklenburg),
7. für das Sozialministerium: Frau Oberregierungsrätin Christel Lüth (Frau Barbara Kartzewski) und
8. für das Innenministerium der Leiter der Geschäftsstelle: Herr Ministerialrat Thomas Schalies (Herr Ministerialrat Ralf Hellmers).

Veränderungen ergaben sich bei den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege Mecklenburg–Vorpommern und der Geschäftsstelle der Härtefallkommission beim Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern.

Den Vorsitz führte wie in den beiden vorherigen Geschäftsjahren Herr Holger Schlichting.

III. Besetzung der Geschäftsstelle im Berichtszeitraum

Die Geschäftsstelle ist nach § 3 Abs. 1 Satz 1 HFKLVO M-V beim Innenministerium angesiedelt. Die Leitung der Geschäftsstelle oblag zunächst Frau Regierungsdirektorin Buß-Peters. Seit Mai 2007 ist Herr Ministerialrat Thomas Schalies Leiter der Geschäftsstelle. Zuständige Sachbearbeiterin für diesen Aufgabenbereich war bis Juni 2007 Frau Regierungsoberinspektorin Daniela Kober. Seit Juli 2007 hat Herr Jan Möller (AN) die Aufgabe übernommen.

IV. Arbeitsweise der Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle hat die Aufgabe, die eingegangenen Begehren für die Beratungen und Beschlussfassungen der Kommission umfassend vorzubereiten sowie deren Sitzungen zu begleiten, wie es im Einzelnen in § 3 HFKLVO M-V bestimmt ist.

Über den Eingang zulässiger Begehren benachrichtigte die Geschäftsstelle auch in diesem Geschäftsjahr umgehend die jeweils zuständige Ausländerbehörde, um so sicherzustellen, dass vor einer abschließenden Befassung durch die Härtefallkommission keine ausländerrechtlichen Vollzugsmaßnahmen eingeleitet werden.

In den Fällen, in denen der Härtefallantrag bei der Geschäftsstelle selbst einging, hatte zunächst deren Leiter zu entscheiden, ob er das Begehren zur Beratung in die Härtefallkommission einbringt (§ 4 Abs. 2 Satz 2 HFKLVO M-V). In den Fällen, in denen nach seiner Beurteilung keine hinreichenden humanitären Gründe für die Annahme eines Härtefalls vorlagen und insoweit für ihn ein Einbringen nicht in Betracht kommen konnte, hat er dies gegenüber den Kommissionsmitgliedern dargelegt. Es oblag nunmehr den anderen Mitgliedern der Härtefallkommission, ggf. selbst gemäß § 4 Abs. 1 HFKLVO M-V den betroffenen Vorschlag zur Beratung einzubringen. Von dieser Möglichkeit ist in allen fraglichen Fällen Gebrauch gemacht worden. Sofern ein Begehren an ein einzelnes Kommissionsmitglied herangetragen worden ist, stellte das hiervon betroffene Mitglied den Vorschlag der Kommission vor. Des Weiteren unterrichtete die Geschäftsstelle die Kommissionsmitglieder im Rahmen der Sitzungen über den jeweiligen Verfahrensstand der Eingaben.

Um den Mitgliedern der Kommission einen umfassenden Überblick über die jeweils zur Beratung anstehenden Fälle zu geben, hat die Geschäftsstelle den Kommissionsmitgliedern spätestens sieben Kalendertage vor dem Sitzungstermin die entscheidungsrelevanten Unterlagen mit einer Sachverhaltsdarstellung und einer tabellarischen Übersicht zum bisherigen zeitlichen Ablauf des Gesamtverfahrens

zugeleitet. Zu Beginn der Beratung trug der Leiter der Geschäftsstelle den jeweils zur Entscheidung anstehenden Einzelfall nochmals mündlich vor und erläuterte die Stellungnahmen zu dem jeweiligen Vorbringen.

Zum Teil konnte bereits in derselben Sitzung über das Stellen eines Ersuchens abgestimmt werden. Den wesentlichen Verlauf der jeweiligen Sitzungen sowie das Ergebnis der Abstimmungen hielt die Geschäftsstelle in einem Sitzungsprotokoll fest. Der Geschäftsstelle oblag weiterhin die Aufgabe, die Ersuchen schriftlich aufzubereiten und die von der Kommission als maßgeblich angesehenen Gründe im Einzelnen darzulegen. Vor einer abschließenden inhaltlichen Abstimmung mit dem Vorsitzenden der Kommission erfolgte jeweils eine Abklärung ausländerrechtlicher Fragen mit dem Ausländerrechtsreferat des Innenministeriums, um die Rechtmäßigkeit einer dem Ersuchen ggf. folgenden Anordnung des Staatssekretärs sicherzustellen. Anschließend wurde das Ersuchen dem Staatssekretär des Innenministeriums mit der Bitte um Erteilung einer Anordnung gegenüber der jeweils zuständigen Ausländerbehörde vorgelegt.

In den Fällen, in denen die Kommission einen Vorschlag für ein Ersuchen abgelehnt hat, unterrichtete die Geschäftsstelle die hiervon betroffene Ausländerbehörde und denjenigen, der das Begehren an die Geschäftsstelle bzw. an ein Kommissionsmitglied gerichtet hatte.

V. Abgeschlossene Härtefalleingaben

Im Geschäftsjahr 2007 hat sich die Härtefallkommission des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit **elf Eingaben** (insgesamt 32 Personen) abschließend befasst. Hierzu gehörten ein Härtefallbegehren aus dem Jahr 2007, neun Begehren, die bereits im Geschäftsjahr 2006 bzw. ein Härtefallbegehren, das bereits im Geschäftsjahr 2005 an die Kommission herangetragen worden sind, deren abschließende Beratung aber erst im Berichtszeitraum zulässig war. Es sind insgesamt **acht Ersuchen** an den Staatssekretär gerichtet worden, die in **vier Fällen** zu einer Erteilung befristeter Aufenthaltstitel geführt haben. In 3 Fällen stimmte die Härtefallkommission gegen ein Ersuchen.

In **drei Fällen** (3 Personen) haben die Ausländerbehörden im Jahr 2007 während der anhängigen Härtefallverfahren Aufenthaltserlaubnisse erteilt, so dass eine Entscheidung der Härtefallkommission nicht mehr erforderlich war. In **einem Fall** wurde ein Aufenthaltstitel nach § 23 Abs. 1 AufenthG erteilt. **Ein** Ausländer hat nach Eingehen der Ehe mit einer Deutschen einen Titel nach § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG erhalten.

In **zwei** Fällen ist das Verfahren vor der Härtefallkommission auf Wunsch des Rechtsanwaltes eingestellt worden bzw. ruht auf Wunsch des Bevollmächtigten.

Im Folgenden wird dargestellt, mit welchem Ergebnis diese Verfahren im Berichtszeitraum von der Geschäftsstelle und der Kommission bearbeitet worden sind. Ein statistischer Überblick über die Antragsentwicklung im Jahre 2007 ist diesem Bericht als Anlage beigefügt.

Unter **V. 4.** wird ein Überblick über die Eingaben gegeben, die bereits im Geschäftsjahr 2006 bzw. 2005 an die Härtefallkommission herangetragen worden sind und die - da eine Befassung mit den Anliegen im Antragsjahr noch nicht zulässig war - erst im Berichtszeitraum von der Kommission abschließend beraten werden konnten. Diese Härtefallbegehren sind bereits in die Statistik des Geschäftsberichts des Vorjahres eingeflossen.

V. 1. Unzulässige Eingaben des Jahres 2007

Im aktuellen Berichtszeitraum gab es sechs Begehren, die unter die zwingenden Ausschlussgründe des § 5 HFKLVO M-V fielen. Dadurch war bereits das Verfahren wegen Unzulässigkeit ausgeschlossen. Im Jahr 2007 waren insofern § 5 Nummern 2, 3 und 4 HFKLVO M-V von Bedeutung:

1. In der Nummer 2 des § 5 HFKLVO M-V wird vorgegeben, dass ein Härtefallverfahren ausgeschlossen ist für Ausländer, deren Aufenthaltsort unbekannt ist oder die zur Fahndung ausgeschrieben sind. **Ein Begehren** erwies sich insofern als unzulässig.
2. Nach der Nummer 3 ist ein Unzulässigkeitsgrund dann gegeben, wenn die begehrte Aufenthaltserlaubnis noch in einem anderen aufenthaltsrechtlichen Verfahren bei der zuständigen Ausländerbehörde erreicht werden kann. Die Einrichtung der Härtefallkommission in Mecklenburg-Vorpommern ersetzt damit in keiner Weise die Prüfung einer Aufenthaltsgewährung durch die Ausländerbehörde. Vielmehr eröffnet erst die Ablehnung entsprechender Anträge den Weg zur Härtefallkommission. Dieser Ausschlussgrund ist bis zum Abschluss des Berichtszeitraums in **drei Fällen** zum Tragen gekommen. In **einem Fall** ist der Antrag nach § 25 AufenthG aufgrund der Aufenthaltserlaubnis der Erziehungsberechtigten zum Jahresende 2007 noch nicht gestellt worden. Allen Betroffenen ist mitgeteilt worden, dass eine Befassung durch die Härtefallkommission erst nach einer ablehnenden Entscheidung der Ausländerbehörde zulässig ist. Weiterhin sind sie gebeten worden, die Geschäftsstelle der Härtefallkommission über den Abschluss des ausländerrechtlichen Verfahrens in Kenntnis zu setzen.

Die betroffenen Fälle werden nach Entscheidung der Ausländerbehörden im Jahr 2008 behandelt.

3. Der Ausschlussgrund nach Nummer 4 - ein Vorschlag wird trotz länger bestehender Ausreisepflicht erst eingebracht, wenn der Rückführungstermin bereits feststeht - war im Berichtszeitraum lediglich **einmal** entscheidungsrelevant und hat zur Abweisung des Begehrens geführt.

V. 2. Abschließende Entscheidungen der Härtefallkommission über die Härtefalleingaben des Jahres 2007

Im Jahr 2007 hat die Härtefallkommission in sechs Sitzungen **einen der im Jahr 2007 eingegangenen Anträge** abschließend beraten. In diesem Fall hat sich die Kommission mehrheitlich für ein **Ersuchen** ausgesprochen und darum gebeten, aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen nach § 23a Abs. 1 Satz 1 AufenthG anzuordnen.

V. 3. Anordnungen des Staatssekretärs des Innenministeriums

Der Staatssekretär ist in dem vorliegenden Fall dem Ersuchen der Härtefallkommission nachgekommen. und hat **die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen gegenüber der Ausländerbehörde angeordnet**. Der betroffenen Person ist eine Aufenthaltserlaubnis für die Dauer von zwei Jahren erteilt worden.

Es entspricht der gängigen Praxis der Härtefallkommission, die Ersuchen mit Auflagen für die betroffenen Ausländer, wie z. B. der Verpflichtung zur eigenständigen Lebensunterhaltssicherung durch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, der Verpflichtung zur Passbeschaffung oder der Teilnahme an Integrationskursen, zu versehen. Alle erteilten Anordnungen enthalten die von der Kommission jeweils vorgeschlagenen Auflagen und darüber hinaus Verlängerungsoptionen für die zunächst befristet zu erteilenden Aufenthaltstitel. Diese können die Ausländerbehörden in eigener Verantwortung umsetzen, wenn die Auflagen erfüllt werden.

V. 4. Härtefalleingaben der Vorjahre

Wie bereits im Tätigkeitsbericht des Jahres **2006** dargelegt worden ist, sind an die Härtefallkommission des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Geschäftsjahr 2006 insgesamt 46 Fälle herangetragen worden. Im Jahr 2007 war die Kommission in neun dieser anhängigen Verfahren entscheidungsbefugt. In den abschließenden Beratungen sind folgende Entscheidungen getroffen worden:

Drei Begehren (11 Personen) sind von der Härtefallkommission **abgelehnt** worden.

Die Kommission hat **sechs Begehren** (14 Personen) **positiv beschieden**. In **drei** dieser Fälle (6 Personen) hat der Staatssekretär dem Begehren entsprochen, in **drei** weiteren Fällen (8 Personen) ist die Anordnung durch den Staatssekretär nicht erfolgt.

Des Weiteren war ein Fall aus dem Geschäftsjahr **2005** entscheidungsreif. Die Härtefallkommission hat bei diesem Begehren **ein Ersuchen** an das Innenministerium gerichtet. Das Ersuchen musste jedoch **abgelehnt** werden, da die Familie (6 Personen) inzwischen untergetaucht ist.

VI. Bewertungsfragen der Härtefallkommission

In drei Fällen hat die Kommission im Jahr 2007 beschlossen, wegen fehlender evidenter humanitärer Gründe kein Ersuchen an den Staatssekretär zu stellen. Die Kommission hat bei diesen Entscheidungen die vorgetragenen Darlegungen umfassend gewürdigt. Betroffen waren insgesamt 11 Personen.

In weiteren acht Härtefallbegehren (21 Personen) hat die Kommission mehrheitlich die Auffassung vertreten, dass besondere dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere Anwesenheit der Betroffenen im Bundesgebiet rechtfertigen und den Staatssekretär des Innenministeriums ersucht, den betroffenen vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern zunächst befristete Aufenthaltstitel zu erteilen.

Bezüglich der Entscheidungsfindung der Kommission ist darauf hinzuweisen, dass bei der Beurteilung der Härtefallbegehren keine schematischen Kriterien oder Bewertungskataloge zur Anwendung kamen, da dies den unterschiedlichen Lebenssachverhalten nicht gerecht werden würde. Innerhalb des vorhandenen weiten Rechtsrahmens war es vielmehr Aufgabe der Kommission, alle vorgetragenen Lebensaspekte einer umfassenden Gesamtabwägung zu unterziehen.

Die Bewertung des häufig nicht unwesentlichen Aspektes der Aufenthaltsdauer bedurfte dabei oftmals einer differenzierten Betrachtung. So war zu hinterfragen, ob bzw. inwieweit zeitintensive Verfahren zugunsten des Betroffenen ins Gewicht fallen konnten. In diesem Zusammenhang ist in einigen Fällen deutlich geworden, dass lange Aufenthaltszeiten - insbesondere Mitte der neunziger Jahre - ihre Grundursache in den langen Verfahrensständen der Verwaltungsgerichte hatten. Jedoch hatte sich die Kommission des Öfteren auch mit Vorgängen auseinander zu setzen, die zumindest fragwürdige oder sogar rechtswidrige Methoden zur Verlängerung des Aufenthalts erkennen ließen, wie z.B. die Täuschung über die Identität, die Unterdrückung

vorhandener Passpapiere oder aber auch im relativ großen Umfang die fehlende Mitwirkung bei der Passbeschaffung.

Differenziert war auch die Abwägung humanitärer Belange vorzunehmen, wenn von der Entscheidung Kinder und Jugendliche betroffen waren. In diesem Zusammenhang waren familiäre sowie soziale Bindungen u.a. mit Blick auf die voraussichtlich weitere Entwicklung zu beleuchten und in eine auch im Lichte des Ausländerrechts vorzunehmende Gesamtbetrachtung einzubeziehen.

In einigen Fällen standen indes bereits die Regelausschlussgründe des § 7 HFKLVO M-V, wie zum Beispiel die fehlende Mitwirkung bei der Passbeschaffung oder eine Identitätstäuschung, der Stellung eines Ersuchens entgegen. Zum Teil sind ausschließlich Umstände vorgetragen worden, für deren Prüfung das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, nicht aber die Härtefallkommission zuständig ist. Dabei handelt es sich zum einen um typische Asylgründe, wie die politische Verfolgung im Heimatland, zum anderen aber auch um zielstaatsbezogene Abschiebungshindernisse, wie z.B. die unzureichende Behandelbarkeit einer Erkrankung im Heimatstaat. Ebenso waren in einigen Fällen erhebliche Straftaten zu verzeichnen. Darüber hinaus war oftmals nicht das Bemühen erkennbar, durch eigene legale Erwerbstätigkeit ganz oder zumindest teilweise den Lebensunterhalt eigenständig zu bestreiten.

Im Rahmen der Beratungen ist deutlich geworden, dass sich die Kommissionsmitglieder bei ihren Entscheidungen der Tatsache bewusst sind, dass § 23a AufenthG und die darauf beruhende Härtefallkommissionslandesverordnung Ausnahmeregelungen ausschließlich für **besonders gelagerte Härtefälle** zulassen.

VII. Rückgang der Fallzahlen

Im Vergleich zu den letzten beiden Geschäftsjahren ist ein sehr starker Rückgang der Härtefallbegehren zu verzeichnen (6 im Jahr 2007, 46 im Jahr 2006, 31 im Jahr 2005). Der Grund dafür wird hauptsächlich in der Bleiberechtsregelung gesehen, die inzwischen Niederschlag im Aufenthaltsgesetz gefunden hat. So ist davon auszugehen, dass Betroffene, die sich in den vergangenen Jahren noch an die Härtefallkommission wandten, im Jahr 2007 vorrangig versuchten, im Wege der Bleiberechtsregelung einen Aufenthaltstitel zu erlangen.

Aufgrund der Ausgestaltung als Stichtags-Regelung, wird Im Jahr 2008 jedoch wieder mit einem Anstieg der Härtefalleingaben gerechnet.

VIII. Statistische Angaben

Übersicht Fälle der Härtefallkommission des Landes Mecklenburg-Vorpommern für das Geschäftsjahr 2007

AZ/Jahr	Ausländerbehörde	Pers.	Herkunftsland	Ergebnis	
2007 nicht abgeschlossen					
1	II GHK 03/2007	Ludwigslust	1	Aserbaidtschan	Antrag § 25 AufenthG noch nicht möglich
2	II GHK 05/2007	Parchim	1	Togo	Antrag § 25 AufenthG noch nicht geprüft durch ABH
3	II GHK 06/2007	Neubrandenburg	1	Ghana	Antrag § 25 AufenthG noch nicht geprüft durch ABH
<i>Insges. 3</i>					
2007 abgeschlossen					
1	II GHK 07/2006	Neubrandenburg	1	Iran	Erledigung (§ 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG - Heirat)
2	II GHK 29/2006	Bad Doberan	1	Türkei	Erledigung (§ 32 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG - Mutter ist anerkannte Asylberechtigte)
3	II GHK 32/2006	Güstrow	1	Armenien	Erledigung (§ 23 Abs. 1 AufenthG)
4	II GHK 01/2007	Müritz	1	Türkei	Erledigung (Abschiebung)
5	II GHK 41/2006	Schwerin	4	Armenien	Erledigung (Antrag zurückgenommen)
6	II GHK 36,38/2006	Schwerin	4	Aserbaidtschan	Erledigung (Antrag zurückgenommen)
7	II GHK 24-27/2006	Demmin	4	Armenien	Ersuchen an IM gestellt, Anordnung an ABH erfolgt
8	II GHK 30/2006	Demmin	1	Armenien	Ersuchen an IM gestellt, Anordnung an ABH erfolgt
9	II GHK 42/2006	Güstrow	1	Togo	Ersuchen an IM gestellt, Anordnung an ABH erfolgt
10	II GHK 04/2007	Nordvorpommern	1	Usbekistan/Iran	Ersuchen an IM gestellt, Anordnung an ABH erfolgt
11	II GHK 15/2005	Neubrandenburg	6	Armenien	Ersuchen an IM gestellt, <i>keine</i> Anordnung an ABH erfolgt
12	II GHK 12/2006	Demmin	5	Armenien	Ersuchen an IM gestellt, <i>keine</i> Anordnung an ABH erfolgt
13	II GHK 31/2006	Güstrow	2	Armenien	Ersuchen an IM gestellt, <i>keine</i> Anordnung an ABH erfolgt
14	II GHK 37/2006	Ludwigslust	1	Togo	Ersuchen an IM gestellt, <i>keine</i> Anordnung an ABH erfolgt
15	II GHK 20/2006	Parchim	1	Armenien	Ersuchen abgelehnt (HFK)
16	II GHK 28/2006	Schwerin	5	Aserbaidtschan	Ersuchen abgelehnt (HFK)
17	II GHK 39/2006	Müritz	5	Tschetschenien	Ersuchen abgelehnt (HFK)
18	II GHK 02/2007	Schwerin	1	Algerien	Antrag § 25 AufenthG noch nicht gestellt und Rückführungstermin stand fest
<i>Insges. 45</i>					